

CDU fordert Hausverbot für den BVG-Mob



Die Berliner Verkehrsbetriebe, bei denen man [bereits prüft](#), künftig auf Fahrscheinkontrollen zu verzichten, um das Personal vor gewalttätigen Übergriffen zu schützen, sind dieses Wochenende erneut Ziel einer Reihe von Angriffen gegen Fahrgäste und Bedienstete geworden. Zudem wurden auch wieder Fahrzeuge beschädigt. Die CDU [fordert jetzt](#), Gewalttätern ein „Hausverbot“ für Bahnhöfe, Busse und Bahnen zu erteilen.

Die Polizei meldete allein am Samstag insgesamt sieben Attacken. Die Beamten konnten allerdings nur gerade einen Täter festnehmen. Das muss alles aufhören fordert die Berliner CDU und fordert ein Umdenken im Umgang mit den Aggressoren.

„Wir haben einen Antrag auf den Weg gebracht, der vorsieht, Schlägern und Zerstörern ein Hausverbot für Bahnhöfe und Fahrzeuge zu erteilen“, so Peter Trapp, Vorsitzender des Polizeiarbeitskreises der CDU. „In der kommenden Innenausschusssitzung in sieben Tagen soll darüber beraten und abgestimmt werden.“

Die Chancen für eine Umsetzung der Konzeption erachtet Peter Trapp als gut. „Wenn es möglich ist, einschlägig bekannten Hooligans ein Stadionverbot zu erteilen, sollte an dieser Stelle ähnliches möglich sein.“ Polizei, Politik und Gesellschaft müssten nach dieser nicht Abreißen wollenden

Serie von zum Teil brutalen Angriffen auf Menschen und Material reagieren und nicht tatenlos mit ansehen, wie die Angst der Bevölkerung vor der Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel immer mehr zunimmt.